Verhandlungsschrift

Nr. 4/2014

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Lengau am Donnerstag, den 26.06.2014.

Sitzungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtes in Salzburger Straße 9

Anwesende:

1. Bürgermeister	Rippl	Erich
2. Vizebürgermeister	Reitsamer	Robert
3. Gemeindevorstand	Reitmann	Michael
4. Gemeindevorstand	Pendelin	Erika
5. Gemeindevorstand	Weber	Michael
6. Gemeindevorstand	Standl	Franz
7. Gemeindevorstand	Schwaiger	Wolfgang
8. Gemeinderat	Weinberger	Herbert
9. Gemeinderat	Altmann	Anna
10. Gemeinderat	Mayer	Johann
11. Gemeinderat	Mayer	Helmut
12. Gemeinderat	Haslauer	Manuela
13. Gemeinderat	Gitschner	Herta
14. Gemeinderat	Schinwald	Josef
15. Gemeinderat	Voggenberger	Franz
16. Gemeinderat	Muigg	Martin
17. Gemeinderat	Schwenn	Gabriele
18. Gemeinderat	Anzinger	Norbert
19. Gemeinderat	Mayer	Thomas
20. Gemeinderat	Priewasser	Horst
21. Gemeinderat	Hager	Johann
22. GR-Ersatzmitglied	Barth	Herbert (f. GR Blechinger Roswitha)
23. GR-Ersatzmitglied	Apfelthaler	Anton (f. GR Pendelin Hermann)
24. GR-Ersatzmitglied	Stipkovits	Ernst (f. GR Klinger Martin)
25. GR-Ersatzmitglied	Thür	Karin (f. GR Winkelmeier Johann)

Es fehlen:

GR Blechinger Roswitha (entschuldigt) – dafür GREM Barth Herbert
GR Pendelin Hermann (entschuldigt) – dafür GREM Apfelthaler Anton
GR Klinger Martin (entschuldigt) – dafür GREM Stipkovits Ernst
GR Winkelmeier Johann (entschuldigt) – dafür GREM Thür Karin

Der BM stellt fest, dass

1. die Sitzung von ihm einberufen wurde,
2. die Verständigung hierzu rechtzeitig und schriftlich an alle Mitglieder ergangen ist und der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 45 Abs. 1 O.Ö. GemO 1990) enthalten ist. Die Kundmachung (**ANLAGE 1**) gemäß § 53 Abs. 4 O.ö. GemO 1990 am 12.06.2014 durch Anschlag an der Amtstafel erfolgte,
3. die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Der BM weist darauf hin, dass das Sitzungsprotokoll der GR-Sitzung Nr. 3 vom 11.04.2014 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Zum Schriftführer für diese Sitzung wird Herbert Nagl bestimmt.

Bei der heutigen Sitzung wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Information durch Vertreter der ÖBB über die geplante Auflassung von Eisenbahnkreuzungen in der Gemeinde Lengau
2. Entscheidung über die Teilnahme am Leaderprogramm 2014 - 2020
3. Generelle Vorgangsweise bei Umwidmungen von Baulandflächen bezüglich Herstellung der Infrastruktur
4. Genehmigung des Schuldscheines Kanalbauabschnitt BA 08
5. Anbau Volksschule Lengau – Entscheidung über das Ausführungsprojekt
6. Neubau Aussegnungshalle Lengau und Friedhofsvergrößerung – Entscheidung über das Ausführungsprojekt
7. Straßenbauprogramm 2014/2015 – Genehmigung des Finanzierungsplanes
8. Geschwindigkeitsbeschränkung Schneiderweg – Anpassung der Verordnung vom 11.04.2014 entsprechend den Feststellungen der Aufsichtsbehörde
9. Raumordnungsangelegenheiten
10. Schober Johann und Andrea – Entscheidung über die Erlassung einer Beschwerdeentscheidung
11. Beschluss einer Übertragungsverordnung für verfahrensrechtliche Entscheidungen bei Erhebung einer Bescheidbeschwerde vom Gemeinderat auf den Bürgermeister
12. Änderung der Tarifordnung für den Hort
13. Änderung der Tarifordnung für die Krabbelstube
14. Umbau des Gemeindeamtes – Genehmigung von Zusatzleistungen
15. Allfälliges

TAGESORDNUNG, BERATUNG UND BESCHLÜSSE

1. Information durch Vertreter der ÖBB über die geplante Auflassung von Eisenbahnkreuzungen in der Gemeinde Lengau

Der BM begrüßt Herrn Ing. Wlcek als Vertreter der ÖBB und ruft in Erinnerung, dass in der letzten Sitzung des Gemeinderates am 11.04.2014 beschlossen wurde die Eisenbahnkreuzung zwischen dem Anwesen Fixl und der Hainbachstraße aufzulassen. Er informiert in diesem Zusammenhang, dass es von Frau Fuchs Eingaben vom 25.04.2014 (**ANLAGE 2**) und vom 30.05.2014 (**ANLAGE 3**) gibt, in welchen sie sich gegen die Auflassung der Eisenbahnkreuzung ausspricht, welche aber nicht Gegenstand dieser Sitzung ist. Am 28.01.2014 fand bereits eine Präsentation im Rahmen des Bauausschusses statt.

Der BM ersucht Herrn Wlcek um Erläuterung der Gesetzeslage und der Bestimmungen der Eisenbahnkreuzungsverordnung und den daraus resultierenden Konsequenzen für die weiteren neun Eisenbahnkreuzungen in der Gemeinde Lengau. Es gibt zwischen Braunau und Lengau 74 Eisenbahnkreuzungen und es wird versucht die Hälfte davon zu machen.

Der BM stellt den

A n t r a g

Herrn Ing. Wlcek gemäß § 66 Abs. 2 o.ö. GemO als Auskunftsperson beizuziehen und bittet um Zustimmung.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Herr Wlcek bedankt sich, dass es ihm hier möglich ist die Hintergründe zu erläutern und weist darauf hin, dass in dieser Angelegenheit der Gesetzgeber die Gesetze erlässt und der LH von OÖ hier die Behörde ist und befugter Vertreter der Jurist Dr. Aumair. Weiters erklärt er, dass es in Lengau zur Zeit 10 Eisenbahnübergänge gibt, davon sind 9 von der Gemeinde und einer vom Land OÖ errichtet worden. Herr Wlcek führt aus, dass gem. § 48 Abs. 2 Eisenbahngesetz die Kosten für die bauliche Umgestaltung schienengleicher Eisenbahnübergänge durch den Wegehalter und dem Eisenbahnunternehmen jeweils zur Hälfte zu tragen sind.

Gem. § 103 Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 muss die Behörde innerhalb von 12 Jahren überprüfen ob sie den aktuellen Bestimmungen entsprechen und allenfalls zu sichern. Vorrangig soll die Erledigung einvernehmlich erfolgen. Die Überprüfungen im Gemeindegebiet sind für 2018 vorgesehen. Derzeit sind alle Eisenbahnkreuzungen im Gemeindegebiet nicht technisch gesichert. Es ist damit zu rechnen, dass die EK technisch zu sichern sind oder aufzulassen.

EK 3.855 (BODIT):

Die Eisenbahnkreuzung ist technisch zu sichern (aufgrund der Bahnhofsnähe und längeren Wartezeiten/Sperrzeiten wahrscheinlich mit einer Schrankenanlage).

EK 4.486 (L 1044):

Wegen der Abstände von der Eisenbahnkreuzung zur Umfahrung L 1044 ist mit einem Umbau des Kreuzungsbereiches zu rechnen. Als Sicherungsmaßnahme ist ebenfalls aufgrund der Bahnhofsnähe von einer Schrankenanlage auszugehen. Durch das Amt der Oö. Landesregierung werden einige Entwürfe für diesen Umbau erstellt.

EK 5.195 (Ley):

Die Eisenbahnkreuzung soll aufgelassen werden, denn sie ist nicht mehr den Anrainerbebauungen entsprechend.

EK 5.779 (Palfinger):

Die Eisenbahnkreuzung soll aufgelassen werden und lediglich eine Fußgängerunterführung zur Haltestelle Palfinger errichtet werden. Diese EK kann evt. das Ende der Elektrifizierung sein oder der Bahnhof Schwöll.

EK 6.353 (Rückhaltebecken):

Die Eisenbahnkreuzung soll aufgelassen werden.

EK 7.098 (Ledl):

Aufgrund der Bahnhofsnähe ist ebenfalls mit einer Schrankenanlage zu rechnen.

EK 7.634 (Feldschneider):

EK 8.117 (Vorhauer):

EK 8.550 (Flöcklmüller):

Von diesen drei Eisenbahnkreuzungen sollen nach Möglichkeit zwei aufgelassen werden, welche das sein werden steht völlig frei.

Herr Wlcek weist darauf hin, dass gemeinsam ein Konzept zu erstellen ist, da 2018 von der Behörde die entsprechenden Vorschriften gemacht werden. Er ersucht um eine gute Zusammenarbeit in den nächsten vier Jahren. Sind sich bis dahin die Gemeinde und ÖBB einig und ist es finanziell tragbar, kann man mit einer Zustimmung der Behörde rechnen.

Der BM ersucht um Fragen und Stellungnahmen zu den Ausführungen von Herrn Wlcek. Der BM informiert, dass durch die Gemeinde für die geplante Elektrifizierung die ersten Schritte ergriffen wurden, wie die Voraussetzungen bis zum Bahnhof zu schaffen und die Sanierung bzw. der Umbau des Bahnhofes, weiters auch, dass die Kreuzung Bodit verkehrssicher gemacht wird.

GV Weber erachtet es als positiv den Standpunkt der ÖBB zu kennen. Er erachtet den Bahnübergang Palfinger als sehr wichtige Verbindungsstraße zwischen Friedburg und Lengau. Die Angelegenheit wurde bisher einmal im Bauausschuss behandelt und regt an die Angelegenheit an den Umweltausschuss zuzuweisen.

GV Standl weist darauf hin, dass ausgeführt wurde, dass die Gemeinde und die ÖBB als gleichwertige Partner auftreten. Er schlägt vor, dass auch die Gemeinde ein eigenes Konzept erstellt. Herr Wlcek führt aus, dass gemeinsam ein Konzept zu erstellen ist. Falls die Elektrifizierung vor 2018 erfolgt ergibt sich die Verpflichtung bereits früher. Eine Abstimmung ist daher notwendig.

VBM Reitsamer bedankt sich für die gemachten Vorschläge als Grundlage und kündigt eine gute Zusammenarbeit an.

GR Voggenberger vertritt die Ansicht, dass die Kosten für die Sicherung extrem hoch sind. Im Zuge der Elektrifizierung müssten diese Maßnahmen billiger sein.

BM Rippl informiert dass die Kosten einer technischen Sicherungsanlage mit Lichtzeichen zwischen € 420.000 und € 470.000 liegen und für Schrankenanlagen bei ca. € 500.000. Er hat folgende Aufteilung angeregt: Land, Bund, Gemeinde jeweils 16,3 % Rest durch ÖBB als Kundendienstpartner mit 50,1%.

Herr Wlcek führt aus, dass nicht die 50 % durch den VwGH gekippt wurde sondern lediglich, dass der Konsultationsmechanismus nicht ausgelöst wurde. Die ÖBB wurde ebenfalls zur anteiligen Kostentragung verpflichtet. Bezüglich der Kosten berichtet er, dass nur drei Anbieter für derartige Anlagen vorhanden sind und die Baumaßnahmen durch private Baufirmen durchgeführt werden. Diese Anlagen sind dreifach redundant auszuführen, da diese Anlagen nicht ausfallen dürfen.

GREM Stipkovits erkundigt sich ob ein sicherungstechnischer Ausbau der Eisenbahnanlagen mit der Eisenbahnkreuzungsverordnung einhergeht, er weist auf die Verbindung Braunau – Steindorf hin. Lt. Herrn Wlcek werden diese Maßnahmen berücksichtigt und es sind Anlagen zu errichten die integrierbar sind.

GV Schwaiger bedankt sich für die Information und betont die Gemeinsamkeiten so viel wie möglich und so wenig wie nötig an Eisenbahnkreuzungen zu belassen. Er erachtet die verbleibenden vier Jahre als kurz und regt an sofort ein Gremium zu bilden und mit den Beratungen unverzüglich zu beginnen.

GR Muigg fragt an ob die Eisenbahnkreuzungen aus finanziellen oder auch aus gesetzlichen Gründen zu reduzieren sind. Herr Wlcek führt aus dass aufgrund des hohen medialen Drucks (besonders wegen der vielen Unfällen auf den EKZ) die Sicherung der Eisenbahnkreuzungen durch den Gesetzgeber angeordnet wurde.

Der BM bedankt sich bei Herrn Wlcek für die erteilten Auskünfte und erkundigt sich mit wie vielen Gemeinden bereits das Einvernehmen hergestellt wurde. Herr Wlcek erläutert, dass mit allen Gemeinden entlang der Bahnlinie das Einvernehmen hergestellt wurde. Bei den meisten Gemeinden sind die Kontakte allerdings noch nicht so weit gediehen.

GR Muigg erinnert, dass er bei der Präsentation am 28.01.2014 anwesend war und den Eindruck hatte, dass die Vorschläge von der Eisenbahn fix sind und ist nun erfreut, dass lt. den Informationen von Herrn Wlcek hier doch Diskussionen möglich sind. Verwundert hat ihn der Vorschlag die Eisenbahnkreuzung Palfinger zu schließen, denn dann müsste der ganze Verkehr beim Ledl über die Kreuzung und deshalb beim Rückhaltebecken fahren, wo aber die Straße viel zu schmal ist.

Der BM führt nochmals an, dass der erste Schritt die Schließung der EKZ Fixl war um die Planungen der Elektrifizierung nicht zu gefährden.

2. Entscheidung über die Teilnahme am Leaderprogramm 2014 - 2020

Der BM ruft in Erinnerung, dass bereits eine Online-Befragung im Jänner 2014 stattgefunden hat. Weiters wurden drei Workshops in Braunau, Ostermiething und Lengau durchgeführt. Der daraus resultierende Vorentwurf für die Leader-Strategie 2014 – 2020 (**ANLAGE 4**) ist den Fraktionen zugegangen. Die Kosten für die Teilnahme der Gemeinde Lengau belaufen sich auf € 1,60 pro Einwohner und Jahr. Weiteres ist die Namhaftmachung eines Leader-Beauftragten (Ansprechpartner) in der Gemeinde zu beschließen.

Der BM informiert, dass in der letzten Leaderperiode € 445.000,-- geflossen sind, davon sind ca. € 135.000,-- an Leaderförderungen eingenommen worden und € 50.000,-- als Beitrag ausgegeben worden. Weiters wurde darüber auch im Finanzausschuss vorberaten und beschlossen am Leaderprogramm teilzunehmen. Er ersucht um Debattenbeiträge.

GV Standl kündigt die Zustimmung seiner Fraktion zum Leaderprogramm an, obwohl er die Kosten für die Verwaltung als zu hoch erachtet. Bei der Veranstaltung in Lengau hatte er den Eindruck, dass zu viele Personen hier die Verantwortung tragen, welche ja auch alle bezahlt werden müssen. Dennoch stimmt er zu und hofft, dass möglichst viele Projekte in unserer Gemeinde umgesetzt werden können.

Der BM weist darauf hin, dass die Sachverständigen bezahlt sind, aber der Vorstand und die Beiräte, sowie die Vertreter der Gemeinde diese Arbeit ehrenamtlich machen. Die Vertreter des Leaderprogrammes in Lengau sind der BM selbst und GV Standl Franz.

VBM Reitsamer erachtet die Teilnahme als sinnvoll, da verschiedene Personen und Gruppen diese Förderungen nutzen können.

GV Reitmann lobt die Leistungen der ehrenamtlichen Mitarbeiter und Politiker. Die beauftragten Planungsbüros werden bezahlt, aber diese machen ihre Arbeit auch sehr professionell und ziehen sich dann wieder zurück. Er hofft, dass die Gemeinde wieder viele Ideen hat, auch Schulen oder Privatinitiativen.

GV Schwaiger war vor sechs Jahren auf der Skeptikerseite. Durch die gemachten positiven Erfahrungen hat er seine Meinung geändert. Allein der Ideenpool ist sinnvoll, nicht nur die geflossenen Förderungen.

Der BM informiert darüber, dass es damals 9 Themenfelder gab und jetzt nur mehr 5 geballte beinhaltet: Bildung, Arbeit und Wirtschaft; Tourismus, Kultur und Kulturerbe; Klimafreundliche Energie und Mobilität; Regionale Produkte, Landwirtschaft und Regionale Ressourcen; Kulturelle Vielfalt, Dorfentwicklung und Soziales. Alle Personen sind recht herzlich eingeladen mitzuwirken.

GV Weber zeigt sich über die einhellige Zustimmung erfreut. 2006 gab es noch einige Ablehnungen im Gemeinderat. Beeindruckt zeigt er sich von der Vernetzung der Region, welche aus den Leaderprogrammen resultiert. Durch die überregionalen Besprechungen lernt man auch von den anderen, auch wie Regionen anders strukturiert sein könnten.

Der BM regt an, dass sich weitere Personen für die Leaderprogramme melden können und lädt zur Teilnahme ein.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

am Leaderprogramm 2014-2023 teilzunehmen, die erforderlichen Eigenmittel in Höhe von € 1,60 pro Einwohner und Jahr aufzubringen und die Regionale Entwicklungsstrategie zu akzeptieren.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Der BM stellt den

A n t r a g

Herrn BM Rippl und Herrn Franz Standl als Leader-Beauftragte namhaft zu machen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

3. Generelle Vorgangsweise bei Umwidmungen von Baulandflächen bezüglich Herstellung der Infrastruktur

Der BM führt aus, dass in der letzten Sitzung des Bauausschusses am 28.05.2014 und im Finanzausschuss über diese Thematik beraten wurde. Es wurde darauf hingewiesen, dass bei Eigenleistungen der Liegenschaftseigentümer /Widmungswerber für die Straßenerrichtung, diese bei der Vorschreibung von Verkehrsflächenbeiträgen gemäß § 20 Abs. 7 o.ö. Bauordnung anzurechnen sind. Durch Mag. Petermandl, Amt der oö. Landesregierung wurde dies bestätigt und sogar die Ansicht vertreten, dass eine Trennung der Kosten für den Unterbau und die Staubfreimachung nicht zulässig ist.

Der BM liest die besprochene Vorgangsweise bei Aufschließungen von Baulandflächen vor.

GV Weber möchte genauer erklärt bekommen was in Absatz 7 konkret steht, ob der Verkehrsflächenbeitrag zu 100 % eingerechnet wird. Der § 20 Absatz 7 wird vorgelesen und es stellt sich heraus dass Leistungen für die Straßenerrichtung bei Vorschreibung des Verkehrsflächenbeitrages zu 100 % anzurechnen sind. GV Weber ruft in Erinnerung, dass in den letzten Jahren große Investitionen in die Infrastruktur (Eidenhammergründe, Buttenhausergründe, Holzingergründe) gemacht wurden. Er kritisiert, dass immer wieder Änderungen gemacht wurden.

VBM Reitsamer regt an, dass die ausführende Baufirma die ordnungsgemäße Herstellung bestätigt. Welches Material verwendet wurde, wieviel etc.

Der BM erklärt, dass der Straßenunterbau unter Aufsicht der Gemeinde zu machen ist und dies auch belegt bzw. nachgewiesen werden muss um ins öffentliche Gut übernehmen werden zu können. Er weist auf die anfallenden Kosten hin und vertritt die Ansicht, dass die Gemeinde diese Kosten nicht mehr übernehmen kann.

GR Voggenberger weist darauf hin, dass früher der Unterbau durch die Gemeinde hergestellt wurde, um die Kontrolle über die Qualität der Straße zu gewährleisten. Er möchte eine Regelung die nun Bestand hat um auch niemanden zu benachteiligen.

GV Standl findet die Lösung für vernünftig und kündigt Zustimmung an. Im gegenständlichen Fall wurde durch Ing. Königstorfer Kosten in Höhe von € 120.000,-- für die Einschotterung geschätzt, wobei ein Kostenvoranschlag in Höhe von € 80.000,-- vorliegt. Gerade für junge Familie welche bauen wollen, sollte es im Rahmen bleiben. Wichtig ist, dass es einen Beschluss gibt und jeder gleich behandelt wird.

Der BM stellt den

A n t r a g

bei allen Aufschließungen von Baulandflächen generell folgende Vorgangsweise zu beschließen:

Die Kanalisation wird durch die Gemeinde Lengau errichtet.

Der Straßenunterbau ist durch den Liegenschaftseigentümer auf seine Kosten unter Aufsicht der Gemeinde Lengau zu errichten. Die Auswahl der Baufirma obliegt dem Grundeigentümer. Vor Übernahme ins öffentliche Gut ist der Gemeinde ein Nachweis über das eingebaute Material vorzulegen. Die geleisteten Beiträge für die Errichtung der Straße sind gemäß § 20 Abs. 7 o.ö. Bauordnung anzurechnen.

Falls über der Kanalkünette die Straße errichtet wird, wird bereits im Zuge der Kanalisation die erforderliche Aushubabtragung (80 cm) durchgeführt.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja
1 Enthaltung (GR Priedwasser)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

4. Genehmigung des Schuldscheines Kanalbauabschnitt BA 08

Der BM ruft in Erinnerung, dass durch die Gemeinde Lengau im Zuge des BA 08 Kanäle in Flörlplain, Gstöckat, Krenwald usw. errichtet wurden. Für diese Kanalbaumaßnahme wird ein Landesdarlehen in Höhe von € 21.500,-- gewährt. Der diesbezügliche Schuldschein (**ANLAGE 5**) ist durch den Gemeinderat zu beschließen und dem Amt der o.ö. Landesregierung vorzulegen.

Der BM stellt den

A n t r a g

den vorliegenden Schuldschein für ein Landesdarlehen in Höhe von € 21.500.— zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

5. Anbau Volksschule Lengau – Entscheidung über das Ausführungsprojekt

Der BM informiert, dass am 28.04.2014 eine Besprechung mit Vertretern der Volksschule Lengau und der Gemeinderatsfraktionen stattgefunden hat. Dabei wurde über die drei vorgelegten Entwürfe der Architekten DI Hutterer Anton, DI Grömer Franz und DI Schönberger Martin beraten. Die Teilnehmer dieser Besprechung haben sich für die Umsetzung des Projektes DI Grömer ausgesprochen. Eine Überarbeitung des Projektes bezüglich Raumeinteilung (Putzraum, Garderobe als Bibliothek...) wurde gefordert. Die Angelegenheit wurde im Finanzausschuss besprochen und Zustimmung empfohlen. Der Kostenaufwand für dieses Projekt von DI Grömer beläuft sich auf € 183.000,-- brutto (€ 152.700,-- netto) ohne Möbelierung.

Der BM stellt den

A n t r a g

das vorliegende Projekt des Architekten DI Grömer für die Errichtung eines Anbaues an der Volksschule Lengau umzusetzen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

6. Neubau Aussegnungshalle Lengau und Friedhofsvergrößerung – Entscheidung über das Ausführungsprojekt

Der BM informiert, dass am 29.04.2014 eine Besprechung über mit Vertretern der Pfarre Lengau und der Gemeinderatsfraktionen stattgefunden hat. Dabei wurde über die vier vorgelegten Entwürfe der Architekten DI Hutterer Anton, DI Grömer Franz, DI Königsmaier und DI Schönberger Martin beraten. Die Teilnehmer dieser Besprechung haben sich für die Umsetzung des Projektes Grömer ausgesprochen. Der Bestattungsraum und der Kühlraum sollen überarbeitet werden. Ebenso die Urnengräber. Diese Angelegenheit wurde ebenfalls im Finanzausschuss beraten und empfohlen den Auftrag an DI Grömer zu vergeben. Von den Kosten her liegt man derzeit bei € 419.520,-- ohne Urnen und Gedenkstätte, hier muss aber ebenfalls noch überarbeitet werden. Die Ausschreibungen sollen im November/Dezember erfolgen um im Frühjahr mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Er schlägt eine öffentliche Präsentation der beiden Projekte Ende September in Lengau vor.

GV Standl ist von der gewählten Vorgangsweise begeistert und zeigt sich gut informiert. Er wünscht sich diese Vorgangsweise auch bei anderen Projekten.

GREM Barth erachtet das Projekt als unbedingt erforderlich. Er regt zusätzliche Investitionen in den Friedhof an (z.B. barrierefreier Zugang). Der BM vermisst im Bereich der Friedhofsmauer eine Tropfnase.

Der BM stellt den

A n t r a g

das vorliegende Projekt des Architekten DI Grömer für den Neubau der Aussegnungshalle und der Friedhofserweiterung umzusetzen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

7. Straßenbauprogramm 2014/2015 – Genehmigung des Finanzierungsplanes

Der BM informiert, dass mit Schreiben des Amtes der Oö. Landesregierung vom 08.05.2014, Zl. IKD-2014-50318/3-Rc ein Finanzierungsplan vorgelegt wurde. Der BM bedankt sich bei den beiden Referenten für die zugesagten Mittel von je € 50.000,--.

Der BM stellt den

A n t r a g

den folgenden Finanzierungsplan zu genehmigen:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2014	2015	Gesamt
Anteilsbetrag o.H.	125.000.—	125.000.—	250.000.—
Interessentenbeitrag	40.000.—	40.000.—	80.000.—
LZ, Straßenbau	25.000.—	25.000.—	50.000.—
Bedarfszuweisung	30.000.—	30.000.—	60.000.—
Summe in Euro	220.000.—	220.000.—	440.000.—

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

8. Geschwindigkeitsbeschränkung Schneiderweg – Anpassung der Verordnung vom 11.04.2014 entsprechend den Feststellungen der Aufsichtsbehörde

Der BM verliest das Schreiben des Amtes der Oö. Landesregierung vom 13.05.2014, Zl. Verk-120228/15-2014-Kr/Eis, (**ANLAGE 6**) in welchem mitgeteilt wird, dass die in der Sitzung des Gemeinderates am 11.04.2014 beschlossene 30 km/h-Beschränkung im Schneiderweg nicht zur Kenntnis genommen wird.

Der AL war mit Ing. Lehner vor Ort und informiert darüber, dass im Gemeinderat entgegen der Empfehlung von Ing. Lehner eine 30 km/h-Zone zu beschließen, eine 30 km/h-Beschränkung beschlossen wurde. Für dieses kurze Stück wird aber keine Beschränkung genehmigt. Er weist darauf hin entweder die Angelegenheit aufzuheben oder eine 30 km/h Zone zu beschließen.

Der BM führt an, dass man wegen der engen Straße sowieso „auf Sicht“ fahren muss und man den Beschluss aufheben sollte. Dies wurde bereits vorbesprochen. Er spricht sich des weiteren für eine Tafel „Achtung Kinder“ aus.

GV Standl weist auf den Fall Teichstätt mit der 30 km/h-Zone hin, der bei der Bevölkerung schlecht angekommen ist. Er kritisiert, dass ein Beschluss des Gemeinderates aufgrund einer Stellungnahme eines Sachverständigen aufgehoben wird.

GR Schinwald erachtet eine 30 km-Zone für den gesamten Bereich als sinnvoll. In der Zukunft sollte dies wieder angesprochen werden, aber in der jetzigen Situation spricht er sich für die Aufhebung aus.

Der AL weist darauf hin, dass gewisse Gesetze das Land bestimmt und überprüft ob diese auch eingehalten werden. Wenn diese nicht eingehalten werden, wird die Angelegenheit dann eben aufgehoben. Dies passiert genauso auch in anderen Bereichen regelmäßig. Einen Rechtsstreit mit dem Land sieht er nicht als sinnvoll an.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Verordnung der 30 km/h-Beschränkung im Schneiderweg vom 11.04.2014 aufzuheben und stattdessen ein Gefahrenzeichen „Achtung Kinder“ im Bereich des Kindergartens zu verordnen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

9. Raumordnungsangelegenheiten

Änderung Nr. 7: Bauer Franz und Veronika, Kühbichl 9, Gst.Nr. 666/1 und 667/1, KG
Friedburg – Umwidmung einer Teilfläche mit ca. 5.500 m² von Grünland auf
Wohngebiet

Der BM berichtet, dass im Bauausschuss beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Wohngebiet umzuwidmen.

Der BM stellt den

A n t r a g

die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Wohngebiet umzuwidmen

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Änderung Nr. 9: Laimer Friedrich, Kohlbergstraße 11, Gst.Nr. 2661/1, KG Lengau –
Umwidmung einer Teilfläche mit ca. 900 m² von Grünland auf Dorfgebiet

Der BM berichtet, dass im Bauausschuss beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Dorfgebiet umzuwidmen, sofern ein Aufschließungskonzept und ein geologisches Gutachten vorgelegt wird.

GV Weber ruft in Erinnerung, dass bei weiteren Umwidmungen in diesem Bereich eine Aufschließung Richtung Lochen angeregt wurde. Er räumt ein, dass in diesem Fall keine Aufschließungsstraße erforderlich ist. Der BM führt aus, dass bereits mehrere Besprechungen mit den Familien Laimer und Pommer geführt wurden zwecks einer Querstraße vom Schneiderweg zur Kohlbergstraße, wobei jedoch keine Zustimmung gefunden wurde.

GV Schwaiger vertritt die Ansicht, dass bei einer Widmung der gegenständlichen Fläche an eine spätere Verbindungsstraße nicht mehr zu denken ist.

GV Standl erachtet es als fair gegenüber der gesamten Bevölkerung in Lengau wenn diese Verbindungsstraße abgetreten wird. Er regt an, das Gespräch nicht aus den Augen zu verlieren.

VBM Reitsamer vertritt die Ansicht, dass alle Widmungswerber gleich behandelt werden sollen.

GR Schwenn weist darauf hin, dass die Straße nicht errichtet werden muss sondern ein Konzept für eine später mögliche Aufschließung geschaffen werden soll.

GR Schinwald meint, dass es hier eine andere Lösung geben muss und weitere Verhandlungen.

Der BM stellt den

A n t r a g

die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Dorfgebiet umzuwidmen sofern ein geologisches Gutachten vorgelegt wird.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 23 Ja
2 Enthaltungen (GV Schwaiger, GR Schwenn)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

Änderung Nr. 10: Allissat Horst, Ameisberg 18, Gst.Nr. 251/5, KG Oberehrneck –
Umwidmung von 258 m² von Grünland auf Wohngebiet

Der BM berichtet, dass im Bauausschuss beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Wohngebiet umzuwidmen.

Der BM stellt den

A n t r a g

die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Wohngebiet umzuwidmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Änderung Nr. 11: Hansel Gerald, Mittererb 17, Gst.Nr. 279/1, KG Krenwald – Umwidmung
einer Teilfläche mit ca. 1.600 m² von Grünland auf Dorfgebiet und ca. 1.300
m² von Grünland auf Wohngebiet

Der BM berichtet, dass im Bauausschuss beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Dorfgebiet bzw. Wohngebiet umzuwidmen und das ÖEK entsprechend abzuändern.

GV Standl weist darauf hin, dass das ÖEK bereits nach wenigen Monaten geändert werden musste. Eine Vorplanung für die nächsten 10 Jahre sei einfach nicht möglich und es würde von Fall zu Fall Entscheidungen getroffen werden müssen. Er macht darauf aufmerksam, dass in Zukunft bei Anträgen, das Argument „nicht im ÖEK enthalten“ nicht mehr gelten darf. Er kündigt Zustimmung zum Umwidmungsantrag an.

GV Schwaiger erkundigt sich ob die Absichten des Widmungswerbers bekannt sind. Dies wird vom Schriftführer verneint.

VBM Reitsamer erachtet ein ÖEK als Richtlinie sinnvoll und findet Anpassungen als durchaus möglich.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren für die Umwidmung der gegenständlichen Teilflächen von Grünland in Dorfgebiet bzw. Wohngebiet einzuleiten und das ÖEK entsprechend abzuändern.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Änderung Nr. 12: Fakesch Michael, Höcken 6, Gst.Nr. 780/1, KG Krenwald – Umwidmung einer Teilfläche mit ca. 300 m² von Grünland auf Dorfgebiet

Der BM berichtet, dass im Bauausschuss beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Dorfgebiet umzuwidmen.

Der BM stellt den

A n t r a g

die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Dorfgebiet umzuwidmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Änderung Nr. 13: Miglbauer Karl Kaspar, Schwöll 8, Gst.Nr. 2969, KG Lengau – Umwidmung einer Teilfläche mit ca. 330 m² von Grünland auf Sondernutzung Parkplatz

Der BM berichtet, dass im Bauausschuss beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen die gegenständliche Teilfläche von Grünland in Sondernutzung „Parkplatz“ umzuwidmen unter der Voraussetzung, dass keine Einzelzufahrten in die Gemeindestraße errichtet werden sondern jeweils eine Zufahrt an der Ost- und Westseite des Parkplatzes. Das ÖEK ist dementsprechend zu ändern.

GV Weber erinnert, dass dies im Bauausschuss festgelegt wurde, die Ausfahrt der Straße über eine Zufahrtstraße zu machen und eine Rinne, damit nicht jeder diese Ausfahrt benützt.

Der BM fügt nochmal an, dass dies keine Einzelausfahrt, sondern eine Ein- und Ausfahrt von vorne bis hinten ist.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren für die Umwidmung der gegenständlichen Teilfläche von Grünland in Sondernutzung „Parkplatz“ einzuleiten unter der Voraussetzung, dass keine Einzelzufahrten in die Gemeindestraße errichtet werden sondern jeweils eine Zufahrt an der Ost- und Westseite des Parkplatzes geschaffen wird. Das ÖEK ist dementsprechend zu ändern.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Änderung Nr. 15: Schwenn Claus und Gabriele, Wimpassing 3, Gst.Nr. 885, KG Oberehrneck – Umwidmung einer Teilfläche mit ca. 7.690 m² von Grünland auf „Geschäftsbauten“

Der BM berichtet, dass im Bauausschuss beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen ein Verfahren für die Umwidmung der gegenständlichen Teilfläche von Grünland auf „Geschäftsbauten“ einzuleiten und das ÖEK dementsprechend abzuändern. Der BM schlägt vor den Güterweg Gstöckat in den Bereich des bestehenden Linksabbiegers und Geschäftseinfahrt zu verlegen. So würde man auch die Unfallhäufigkeit an dieser Stelle reduzieren, ein Gespräch mit Herrn Eckerstorfer und dem BM soll noch stattfinden. Interessent für diese Fläche ist die Fa. Hofer, da in Straßwalchen keine Erweiterung mehr möglich ist. Er gibt bekannt, dass er sich bemüht hatte einen Ersatz für das Geschäft von Frau Bamberger in Lengau zu finden und niemand bereit war dieses zu übernehmen. Er ist der Ansicht, dass dadurch Einkaufskraft im Gemeindegebiet gehalten wird.

GV Schwaiger kündigt Ablehnung an, da er der Ansicht ist, dass ein Lebensmittelmarkt in der grünen Wiese nichts verloren hat. Er weist darauf hin, dass zusätzliche Widmungen die Folge sind.

GR Muigg regt an den notwendigen Platz für einen Geh- und Radweg zu sichern, wobei der BM hinzufügt, dass dies sowieso in Planung ist.

GR Priewasser erkundigt sich ob eine Ansiedlung im Betriebsbaugebiet möglich wäre. Dies wird durch den BM verneint, da sich Hofer nur an starkbefahrenen Straßen ansiedelt und es keine Genehmigung für Einkaufsgeschäfte in Gewerbegebieten gibt.

VBM Reitsamer spricht sich für das Ansuchen aus, da es hier auch um 20 Arbeitsplätze geht. Er lehnt es ab Hofer zu verwehren außerhalb des Ortsgebietes zu bauen, da dieser dann sicher ganz weg wäre, außerdem ist die Möglichkeit groß, dass sich dann auch andere Geschäfte ansiedeln.

GV Schwaiger betont, dass er dies als Fehler ansieht genau dort Hofer ansiedeln zu lassen.

GR Voggenberger sieht es aus Sicht von Straßwalchen als nicht abgesetzt, für Straßwalchen ist dies eigentlich nur eine Erweiterung oder Verlängerung. Er versteht zwar auch die Einwände von GV Schwaiger spricht sich aber für eine Ansiedelung aus.

GREM Thür weist darauf hin, dass das Gewerbegebiet abseits der B 147 ausgewiesen wurde.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren für die Umwidmung der gegenständlichen Teilfläche von Grünland in „Geschäftsbauten“ einzuleiten und das ÖEK dementsprechend abzuändern.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 19 Ja

1 Nein (Schwaiger)

5 Enthaltungen (GR Schwenn – wegen Befangenheit, FPÖ-Fraktion, GR Hager, GREM Thür)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

Änderung Nr. 14: Kirchtal Leopold, Kühbichl 2, Gst.Nr. 599, KG Friedburg – Umwidmung einer Teilfläche mit ca. 1.600 m² von Grünland auf Sonderausweisung „Festgelände“

Der BM berichtet, dass im Bauausschuss beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen ein Verfahren für die Umwidmung der gegenständlichen Teilfläche von Grünland in Sonderausweisung „Festgelände“ einzuleiten.

GV Schwaiger erkundigt sich ob bei einer derartigen Widmung mit der Verpflichtung für einen Kanalanschluss zu rechnen ist. Dies wird durch den BM verneint.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren zur Umwidmung der gegenständlichen Teilfläche von Grünland in Sonderausweisung „Festgelände“ einzuleiten und das ÖEK dementsprechend abzuändern.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

10. Schober Johann und Andrea – Entscheidung über die Erlassung einer Beschwerdeentscheidung

Der BM verliest das Schreiben des Landesverwaltungsgerichtes vom 25.04.2014, Zl. LVwG-150186/2/DM/Eg, (**ANLAGE 7**) in welchem um Mitteilung ersucht wird, ob die zuständige Behörde von der Erlassung einer Beschwerdeentscheidung absehen will.

Der BM stellt den

A n t r a g

im gegenständlichen Fall von einer Beschwerdeentscheidung abzusehen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

11. Beschluss einer Übertragungsverordnung für verfahrensrechtliche Entscheidungen bei Erhebung einer Bescheidbeschwerde vom Gemeinderat auf den Bürgermeister

Der BM informiert, dass generell die Möglichkeit besteht verfahrensrechtliche Entscheidungen bei Erhebung einer Bescheidbeschwerde vom Gemeinderat an den Bürgermeister zu übertragen. Wie im vorigen Tagesordnungspunkt der Fall ist die Anfrage des Landesverwaltungsgerichtes bereits mit 25.4.2014 gestellt wurden und hätte im Fall einer bestehenden Übertragungsverordnung vom Bürgermeister unverzüglich bearbeitet werden können. Ein diesbezügliches Muster einer Übertragungsverordnung (**ANLAGE 8**) wurde durch das Gemeindeamt erstellt und den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Der BM kündigt vor Abgabe einer Stellungnahme eine Konsultation mit den Fraktionsführern an.

GV Weber vertritt die Ansicht, dass die Zeit zu lange ist wünscht sich aber eine Übertragung an den GV, da dieses Gremium schneller einberufen werden kann, da es kleiner ist und alle Fraktionen beteiligt wären.

Der AL führt auf die Frage des BM ob dies der GV machen kann an, dass er nur die Informationen hat es dem Bürgermeister zu übertragen, da es hier auch schneller geht. Beim GV müsste man wieder eine Sitzung einberufen. Er ersieht dies zwar als möglich aber nicht unbedingt sinnvoll an.

GV Reitmann schlägt vor dies dem Bürgermeister zu übertragen mit Zustimmung der Fraktionsführer um auch in dem Zeitrahmen von 2 Monaten zu bleiben.

GV Schwaiger unterstützt den Vorschlag die Übertragungsverordnung an den GV zu übertragen.

GR Weinberger ruft in Erinnerung, dass eine Übertragung an den Bürgermeister in Bauangelegenheiten bestanden hat und dabei die Fraktionsführer konsultiert wurden.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Übertragungsverordnung für verfahrensrechtliche Entscheidungen bei Erhebung einer Bescheidbeschwerde vom Gemeinderat auf den Gemeindevorstand zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

12. Änderung der Tarifordnung für den Hort

Der BM informiert, dass eine Indexanpassung bei den Tarifen durchzuführen ist. Der Entwurf der indexangepassten Tarifordnung ist den Fraktionen zugegangen. Der BM erachtet den Hort und die Krabbelstube als wichtige Einrichtungen, verweist aber auch auf den durch die Gemeinde zu tragenden Abgang und erachtet daher eine Indexanpassung als erträglich und möglich.

Der BM stellt den

A n t r a g

die vorliegende Tarifordnung (**ANLAGE 9**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

13. Änderung der Tarifordnung für die Krabbelstuben

Der BM informiert, dass eine Indexanpassung bei den Tarifen durchzuführen ist. Der Entwurf der indexangepassten Tarifordnung ist den Fraktionen zugegangen.

Der BM stellt den

A n t r a g

die vorliegende Tarifordnung (**ANLAGE 10**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

14. Umbau des Gemeindeamtes – Genehmigung von Zusatzleistungen

Der BM ruft in Erinnerung, dass in der Sitzung am 07.01.2014 das E-Werk Wels als Generalunternehmer für den Umbau des Gemeindeamtes mit einer Angebotssumme von € 987.727,00 excl. MWSt beauftragt wurde. In der letzten Sitzung des Gemeinderates am 11.04.2014 wurden zusätzliche Leistungen in Höhe von € 163.107,80 beauftragt von denen € 160.607,80 verbaut wurden. Dadurch ergibt sich eine Zwischensumme von € 1.148.334,80.

In der Zwischenzeit stehen weitere € 134.065,00 zur Beschlussfassung an (**ANLAGE 11**), wodurch sich die vorläufigen Gesamtkosten auf € 1.282.399,80 erhöhen.

GV Weber weist nochmal auf seine Kritik über eine fehlende Vorberatung im Finanzausschuss hin und zeigt sich verärgert über den Generalunternehmer E-Werk Wels, dass keiner bereit war den politischen Mandataren im Finanzausschuss Rede und Antwort zu stehen. Er ist über die Zusammenarbeit zwischen E-Werk Wels und der Gemeinde unzufrieden und führt an solche Beschlüsse nicht mitfassen zu können. GV Weber kündigt eine genaue Betrachtung der Kostenentwicklung an.

Der BM führt die durchgeführten Vorbesprechungen in verschiedenen Gremien an. Er lädt die politischen Mandatare zu den jeden Dienstag stattfindenden Besprechungen ein. Er weist darauf hin, dass bei keinem Projekt der letzten Jahre eine Mitsprache von GV Weber stattgefunden hat. Er räumt ein, dass auch er über das Verhalten des E-Werkes verärgert war. Er weist darauf hin, dass das E-Werk Wels bei den Baumaßnahmen bei der Hauptschule Friedburg und der Volksschule Lengau gute Arbeit geleistet hat. Er informiert, dass durch das Land OÖ eine ECP-Förderung von € 30.000,-- und von € 84.000,-- durch den Bund gewährt wird.

VBM Reitsamer führt aus, dass zusätzliche Aufträge durchaus normal sind und der Kostenrahmen nicht überstiegen wird.

GV Schwaiger führt aus, dass der Nachtrag durchaus im finanziellen Rahmen ist. Er gibt allerdings zu bedenken, dass in der Bevölkerung Unverständnis herrscht, dass Firmen aus der Gemeinde nicht zum Zuge kamen. Der BM weist darauf hin, dass einheimische Firmen zur Anbotlegung eingeladen wurden und versucht wurde heimische Firmen zu beauftragen. Teilweise war bei manchen Firmen keine Bewegung möglich und kamen dadurch nicht zum Zug.

GV Weber bemängelt weiterhin den fehlenden Informationsfluss.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Mehrleistungen entsprechend dem 2. Nachtragsangebot des E-Werkes Wels (**ANLAGE 12**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 18 Ja
7 Enthaltungen (ÖVP-Fraktion)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

Zusatzantrag Vorplatzgestaltung:

Nicht in diesen Gesamtkosten beinhaltet sind die Kosten für die Vorplatzgestaltung. Durch die Fa. IBZ wurde eine Planung für den Vorplatzbereich erstellt, welche den Fraktionsführern zur Kenntnis gebracht wurde und aufgrund dessen eine Ausschreibung durchgeführt wurde. Der Vergabevorschlag (**ANLAGE 13**) wurde den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Der BM ruft in Erinnerung, dass im Zukunftsausschuss über die Planung gesprochen wurde. Am 2.4.2014 wurde ein Beschluss über die Verlegung der Zufahrt und Kostenübernahme gefasst.

Der BM informiert, dass durch die Straßenmeisterei Arbeiten im Volumen von € 15.000,-- geleistet werden und durch den Gemeindebauhof Arbeiten durchgeführt werden, wie die Abmachung der Schilder oder die Entfernung der Pflastersteine, wo ca. € 4.600,-- eingespart werden. Er weist nochmals darauf hin, dass die Gesamtkosten von € 120.000,-- wobei ca. € 60.000,-- für den Vorplatz und ca. € 60.000,-- für die Verkehrsfläche vorbesprochen wurden.

GR Voggenberger vermisst die Präsentation des geplanten Gemeindevorplatzes. In anderen Orten findet eine öffentliche Präsentation statt. Es wurde eine gemeinsame Platzgestaltung mit der Raika angedacht.

GV Schwaiger findet die Vorplatzgestaltung legt den Schwerpunkt auf die verkehrstechnische Lösung. Er vertritt die Ansicht, dass der Plan gut ist und in den zuständigen Gremien informiert wurde.

GREM Stipkovits ruft in Erinnerung, dass über diesen Platz lange diskutiert wurde und keine zufriedenstellende Lösung gefunden wurde. GR Voggenberger schließt sich der Meinung von Herrn Stipkovits an, dass an diesem Platz viel „herumgedoktert“ wurde.

GV Standl erachtet das Vorplatzprojekt als grundsätzlich positiv. Er hätte erwartet, dass eine Präsentation durch Herrn Zechmeister stattfindet. Er räumt ein, dass manche Bürger mit keiner Lösung zufrieden sind.

GV Weber kündigt einen Zusatzantrag für acht Querparkplätze vor dem Gemeindeamt an, da ein Parkplatzmangel herrscht, was man speziell bei Veranstaltungen sieht. GREM Stipkovits weist darauf hin, dass es einen Plan gibt der beschlossen ist. BM Rippl spricht sich gegen eine Zuasphaltierung vor dem Gemeindeamt aus.

GREM Thür weist auf eine Vielzahl von Parkplätzen bei Nah- und Frisch sowie Volks- und Hauptschule hin.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Arbeiten für den Gemeindevorplatz entsprechend dem Vergabevorschlag der IBZ an die Fa. Erdbau zu vergeben. Ein Teil der Arbeiten (Leistensteine versetzen usw.) wird durch Arbeiter der Straßenmeisterei Uttendorf bzw. durch den Gemeindebauhof durchgeführt.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 18 Ja
7 Enthaltungen (ÖVP Fraktion)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

GV Weber stellt den

Z u s a t z a n t r a g

8 Querparkplätze anstatt der 4 Längsparkplätze vor dem Gemeindeamt zu errichten.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 7 Ja (ÖVP-Fraktion)
18 Enthaltungen

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich abgelehnt.

15. Allfälliges

Anfragen:

- GR Weinberger regt an eine entsprechende Gesprächskultur im Gemeinderat zu wahren.
- GR Weinberger informiert, dass unter BM Landl eine Befragung über eine Platzgestaltung in Lengau durchgeführt wurde, wobei ein furchtbarer Tumult entstanden ist. Beim Dorfplatz Schneegattern gab es eine Bürgerbeteiligung und ein äußerst bescheidenes Ergebnis.
- GV Standl lädt alle zum Frühschoppen der FF Utzweih-Igelsberg am Sonntag den 13. Juli ein.
- GR Anzinger fragt an ob die Beleuchtung vom Sportplatz zum Spielplatz Lengau im öffentlichen Gut liegt, da dort eine Bepflasterung durchgeführt wurde, es stellt sich heraus, dass hier eine Privatperson bei seiner Einfahrt Pflaster gelegt hat und man den Anschein hatte dies würde in einem öffentlichen Gut erfolgen.
- VBM Reitsamer gibt bekannt, dass aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit in der Steiermark eine gewissenhafte Wahrnehmung seiner Pflichten als Vizebürgermeister im Wege steht und kündigt seinen Rücktritt mit 31.08.2014 an und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit. BM Rippl bedankt sich für die geleistete Arbeit.

Berichte des BM:

- Der BM informiert, dass aus terminlichen Gründen die nächste Sitzung des Gemeinderates auf den 12.09.2014 verschoben wird. Die GV-Sitzung auf den 02.09.2014.
- Der BM ersucht um Zustimmung für den Ankauf von jeweils fünf Lampen von der Fa. Ecolight und der Fa. Deco-Light. GR Weinberger gibt bekannt, dass BM Buchholz bei der Besichtigung darauf hingewiesen hat, dass die Bevölkerung vor der Aufstellung informiert werden soll.
- Die Umweltausschusssitzung am 30.06.2014 wurde abgesagt.
- Neue Tankstelle in Friedburg wird von Fa. Seifriedsberger errichtet.
- Nächste Woche wird ein Termin mit VS und HS wegen dem Fitnessparcours vereinbart.
- Schreiben an Vereine verstärkt bei heimischen Betrieben einzukaufen wurde verschickt.
- Ärztemangel: bestehende Notarztstützpunkte in Ried, Braunau, Vöcklabruck; Schreiben des Roten Kreuzes an Landesstelle Salzburg einen Notarztstützpunkt in Straßwalchen zu errichten.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 11.04.2014 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 22.40 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

.....
(Schriftführer)

(Gemeinderat)

.....
(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 12.09.2014 keine Einwendungen^{*} erhoben wurden , über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde .

Lengau, am 13.09.2014

Der Vorsitzende:

*
Nichtzutreffendes streichen

.....